

DIE JÜDISCHE GEMEINDE IN KITZINGEN (1883-1942)

Von Elmar Schwinger

Von den Anfängen bis zur Machtergreifung 1933

Bereits im Mittelalter und in der frühen Neuzeit gab es jüdische Siedlungen in Kitzingen. Sie blieben jedoch episodische Erscheinungen. In Krisen, bei Missernten, Epidemien, Krieg oder ähnlichen Katastrophen wurden ihre Mitglieder vertrieben oder auch ermordet. Die vorletzte Judengemeinde wurde 1763 wegen religiöser Streitigkeiten aus der Stadt verwiesen. Unter dem Einfluss aufklärerischer Ideen entwickelte sich in Bayern seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine judenfreundlichere Gesetzgebung. Die Revision von 1861, die freie Berufs- und Wohnortwahl gewährte, befreite die bayerischen Juden von einer lähmenden Fessel. Dem Kitzinger Bürgermeister Andreas Schmiedel (1859 -1881) bot die Revision die Möglichkeit, jüdische Geschäftsleute einzuladen, um den darniederliegenden Weinhandel, der traditionell Aushängeschild und Schlüsselbranche der Stadt gewesen war, wieder zur Blüte zu verhelfen.

Gründung einer israelitischen Kultusgemeinde

Jüngere tatkräftige Juden aus den Nachbargemeinden folgten der Einladung, so dass am 1. Januar 1865 in Kitzingen wieder eine Israelitische Kultusgemeinde gegründet werden konnte. Um weitere Anreize für Israeliten zu schaffen, unterstützte Bürgermeister Schmiedel die Verlegung des Distriktsrabbinats von Mainbernheim nach Kitzingen. Der Zustrom jüdischer Menschen in die Kreisstadt setzte sich lange fort. Am größten war er in den 1870er sowie 1880er Jahren. Die Statistik zählt 1910 mit 478 Israeliten die Höchstzahl jüdischer Bürger. Sie stellten damals 5,2 Prozent der Gesamtbevölkerung bei einem Reichsdurchschnitt von knapp einem Prozent. Die Abwanderung in größere Städte infolge der sich generell verändernden Wirtschaftsform, verstärkt durch den Geburtenrückgang, leitete seither eine negative Bevölkerungsentwicklung ein. 1933 lebten noch 360 Juden in der Kreisstadt.

Wirtschaftsaufschwung und Auszeichnungen

Die hohe Zahl von Weinhändlern und Büttnern, die in Kitzingen ihren Geschäften nachging, zeigt die extraordinäre Bedeutung dieser Branche für die Stadt, sie wirft aber ebenso ein Schlaglicht auf die zeitbedingte Organisationsform des Geschäftsbetriebs. Das Adressbuch von 1835 verzeichnet 20, das von 1906 bereits 102 Weinhändler, wobei die Israeliten mit 52 die Mehrheit stellten, die sie in den folgenden Jahren noch ausbauten. Kitzingen brachte das den Beinamen „Stadt der 100 Weinhändler“ ein. In der ebenfalls wachsenden Zahl von Büttnern waren die Israeliten nicht vertreten.

Trotz unterschwelliger Vorbehalte einzelner Bevölkerungskreise gelang den Israeliten in Kitzingen ein steiler wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg, der sich in gesellschaftlicher Akzeptanz, in öffentlichen Ämtern, in Auszeichnungen und Ehrungen niederschlug. Juden waren dabei sogar überrepräsentiert. Schon früh wurden Juden für das Ehrenamt des Geschworenen am Landgericht in Kitzingen herangezogen. Sie finden sich in der Kommunalverwaltung der mo-



Einweihung der Synagoge 1883
Foto: Stadtarchiv Kitzingen

narchischen Zeit als Magistratsräte sowie als Mitglieder im Collegium der Gemeindebevollmächtigten, in der Weimarer Republik als Stadträte (die zweite Kammer war aufgelöst worden). Der wirtschaftliche Erfolg der jüdischen Weinhändler, Metzger und Bäcker wird bereits an der Zahl der sog. „Hoftitel“ sichtbar, die von florierendem Geschäftsbetrieb zeugten, zum Beispiel „Königlich bayerischer Hoflieferant“, „Großherzoglich Anhaltinischer Hoflieferant“ usw. Dabei handelte es sich um ein fachliches Gütesiegel, das Firmen Seriosität in der Geschäftsführung und hohe Qualität der Produkte attestierte. Der Aspirant konnte sich bei Hofe unter Vorlage eines Gutachtens des Stadtmagistrats darum bewerben. Die Verleihung war an die Qualität der Produkte, den persönlichen Leumund, die Spendenbereitschaft und weitere Faktoren geknüpft. Unter den „christlichen“ und jüdischen Kaufleuten in Kitzingen gab es circa zwölf Hoftitelträger, wobei die Juden auch hier überrepräsentiert waren. Am aussagekräftigsten für die gesellschaftliche Wertschätzung war jedoch der Titel „Rat“, den zwei jüdische Mitbürger erhielten. Dazu stellte die Stadt unter Beifügung eines ausführlichen Gutachtens den Antrag an die Regierung von Unterfranken, die zustimmen musste. 1922 wurde der praktizierende Arzt Dr. Siegfried Öttinger zum Sanitätsrat, 1924 der Weinhändler Max Fromm zum Kommerzienrat ernannt.

Einweihung der Synagoge

Den Anlass zum zeitübergreifend größten Freudenfest der Kitzinger Israeliten hatte die Einweihung der prächtigen Synagoge in der Landwehrstraße im September 1883 geboten, die mit einer dreitägigen Festveranstaltung begangen wurde. Das Ereignis schien die endgültig errungene Gleichberechtigung und Sicherheit der Israeliten zu symbolisieren. Eine Wende in der Akzeptanz der jüdischen Bevölkerung leiteten jedoch der erste Weltkrieg und insbesondere das Friedensdiktat von Versailles ein.

Einsatz im 1. Weltkrieg

Die unterschweligen Vorbehalte, die zuvor nur begrenzte Kreise erfasst hatten, wurden jetzt mehrheitsfähig. Die historische Lüge - „Während das Heer im Kampf verblutete, haben sich die Juden vom Fronteinsatz gedrückt und in der Heimat durch Schiebergeschäfte bereichert“ -, widerlegt nicht nur für Kitzingen die Zahl der für den Fronteinsatz ausgezeichneten jüdischen Soldaten. Einen traurigen Beleg liefern auch die verwundeten und gefallenen Glaubensbrüder. Der Gedenkstein auf dem Rödelseer Friedhof führt zehn Namen auf, ein elfter kam später noch hinzu. Wahrheitswidrig wurde dennoch die Parole, „die Juden sind an allem Schuld“, zum Credo der NSDAP, einer skrupellosen Massenbewegung, erhoben.

Weimarer Republik

Die Verfassung der Weimarer Republik vervollständigte die Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Juden, was aber nur verhaltene Freude auslöste, da die politischen und gesellschaftlichen Erschütterungen der Nachkriegszeit die Israelitischen Kultusgemeinden in ihrer Existenz bedrohten. Die mitunter nicht nur im Religionsverständnis divergierenden bayerischen israelitischen Kultusgemeinden stellten sich der Herausforderung, indem sie am 4. April 1920 in Nürnberg den „Bayerischen Israelitischen Gemeinde-

verband“ gründeten, der der demokratischen Staatsform entsprechend eine parlamentarische Organisationsform erhielt. Zwei jüdische Kitzinger bekleideten dort Ämter in den höchsten Gremien, der Distriktrabbiner Dr. Joseph Wohlgemuth sowie der Weinhändler Eduard Sonder. Der Verband vertrat die Interessen der Mitglieder nach außen, verteidigte sie gegen Angriffe, er unterstützte die finanzschwachen Gemeinden, förderte die Bestrebungen zur Ausweitung der in jüdischen Kreisen verengten Berufswahl und sorgte sich in der unsicheren Zeit um die jüdischen Arbeitslosen, um einkommensschwache Familien und Einzelpersonen. Die bayerische Konstruktion ist schon bald zum Vorbild für andere deutsche Staaten geworden.

Deutschlandweit waren die Weimarer Jahre eine Epoche großartiger wissenschaftlicher und künstlerischer Leistungen, an denen die deutschen Juden überproportional beteiligt waren. Inflation und Arbeitslosigkeit und die daraus folgende politische Radikalisierung führten in der Gesellschaft jedoch zu tiefgreifenden Einbrüchen und Verwerfungen. Wie die übrige arbeitende Bevölkerung kämpften in Kitzingen die jüdischen Weinhändler ums finanzielle Überleben. Während ganze Bevölkerungsschichten verarmten, häuften Einzelne durch spekulative Geschäfte Reichtümer auf.

In Kitzingen gelang es zwei jüdischen Unternehmern, trotz der schwierigen Bedingungen der 20er Jahre, ihre Firmen in die absolute Spitze der Branche zu führen. Der Weinhändler Max Fromm kapultierte sein Unternehmen durch modernes Marketing und neue Organisationsformen deutschlandweit zu einer der größten und modernsten Weinproduktionsstätten. Samuel Hausmann, der Güterwaggons der Reichsbahn entsprechend umrüstete, avancierte zum Pionier des Getränketransports. Beide Unternehmer nahmen im Jahre 1929 eine Standortoptimierung vor, indem sie die Firmensitze in Verkehrsknotenpunkten platzierten. Max Fromm veränderte sich nach Bingen am Rhein, Samuel Hausmann positionierte sich in Mainz.

Mit Beginn des 3. Reiches sollte sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation der Juden in Deutschland grundlegend ändern.

Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung der Kitzinger Juden durch den NS-Staat

Mit Hitlers Regierungsantritt am 30. Januar 1933 entwickelte sich die nun auch von staatlichen und kommunalen Behörden betriebene Hetzkampagne zum antisemitischen Flächenbrand. Die Boykottaufrufe und Ausschreitungen, die bereits die Weimarer Jahre verdüstert hatten, waren von zunehmender Bösartigkeit und Gewalt geprägt. Die judenfeindliche Gesetzgebung schloss jüdische Menschen aus der Wirtschaft und allen Lebensbereichen aus. Vorläufiger Höhepunkt der Entwicklung waren die sog. „Nürnberger Gesetze“ vom September 1935. Sie löschten die in einem langen geschichtlichen Prozess erkämpften Rechte der Juden weitgehend wieder aus. Die mit jedem Jahr weiter eskalierenden Ausschreitungen gipfelten im „Novemberpogrom“, der sog. „Reichskristallnacht“.

Reichspogromnacht in Kitzingen

SA, SS, aber auch Täter mit anderem Hintergrund brachen in jüdische Wohnungen ein, zerschlugen Fenster und Türen, verwüsteten die Einrichtung, demütigten und quälten die Bewohner. 99 Personen, darunter auch Frauen und Minderjährige, wurden verhaftet und im Amtsgericht (heutiges Vermessungsamt) festgesetzt. Am 16. November 1938, nach tagelangen Verhören, lieferte die Gestapo 35 jüdische Kitzinger in das Landgerichtsgefängnis in Würzburg ein, von wo sie in das KZ Dachau deportiert wurden. Dort wurden sie gedemütigt und misshandelt, bis sie sich bereit erklärten, ihre Geschäfte, Praxen und Häuser umgehend an „Arier“ zu verkaufen und auszuwandern.

Deportationen und Flucht nach dem Novemberpogrom

Seit dem Novemberpogrom vegetierte die israelitische Kultusgemeinde in Kitzingen unter erniedrigenden Bedingungen, verarmt und verzweifelt dahin. War die Auswanderungsbereitschaft vor dem Pogrom nur zögerlich ausgeprägt, schlug sie nach dem Pogrom in verzweifelte Anstrengungen um. Insgesamt wanderten 192 Personen aus, 84 in die USA, 52 nach Palästina, der Rest verteilte sich über alle Kontinente, ausgenommen Afrika. Diejenigen, denen die Auswanderung nicht mehr gelang, wie auch diejenigen, die ihre Heimat nicht verlassen wollten, wurden im Zuge der reichsweiten Deportationen verschleppt. Zunächst traf es die Arbeitsfähigen mit ihren Familien. Am 21. März 1942 wurden 75 jüdische Kitzinger*innen sowie 133 in der Stadt Würzburg sowie den Landkreisen Karlstadt, Kitzingen und Ochsenfurt wohnhafte Israeliten inhaftiert und im „Fränkischen Hof“ in Kitzingen gesammelt.

Am 24. März 1942 verschleppte sie ein für diesen Zweck aus Personenwagen zusammengestellter Zug von Kitzingen aus über Nürnberg, wo 792 weitere jüdische Personen hinzukamen, in das in Ostpolen gelegene Durchgangslager Izbica. Niemand hat diesen Transport überlebt. Die letzten in der Stadt verbliebenen jüdischen Kitzinger, 19 ältere Frauen und Männer, warteten seither im sog. „Judenhaus“ (heutiges Archiv- und Museumsgebäude) auf ihre „Evakuierung“. Am 21. September 1942 geleitete sie ein Polizist zum Bahnhof, von wo sie nach Würzburg gebracht wurden. Die Gestapo teilte sie dem Transport zu, der am 23. September 1942 in das Durchgangslager Theresienstadt abfuhr. Von der Kitzinger Gruppe wurden drei Frauen nach Auschwitz weiter verschleppt, wo sie verschollen sind. Drei Frauen überlebten das Durchgangslager Theresienstadt. Sie sind die Einzigen der 94 aus Kitzingen deportierten jüdischen Kitzinger, die die Transporte nach Izbica bzw. Theresienstadt überlebt haben. Auf die Gesamtzahl umgerechnet sind das drei Prozent. Allein Paula Sichel, die zusammen mit ihrem Mann in der Rosenstraße eine koschere Bäckerei betrieben hatte, kehrte für kurze Zeit in ihre Heimatstadt zurück, bevor sie zu ihrem nach Australien ausgewanderten Sohn aufbrach.



Kitzingen, Reichspogromnacht

Foto: Stadtarchiv Kitzingen

In Kitzingen gibt es keine jüdische Gemeinde mehr. Die restaurierte Synagoge wurde am 19. Mai 1993 erneut feierlich eingeweiht.

Zur Veranstaltung wurden von der Stadt ehemalige Kitzinger Juden eingeladen, woraus sich dauerhafte Kontakte ergaben. In der Stadt Kitzingen besteht eine lebendige Erinnerungskultur.

Quellen:

Naphtali Bamberger: Geschichte der Juden von Kitzingen. Festgabe anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Synagoge (1883 - 1908), Kitzingen 1908.

Elmar Schwinger: Von Kitzingen nach Izbica. Aufstieg und Katastrophe der mainfränkischen Israelitischen Kultusgemeinde Kitzingen, Kitzingen 2009.

Ders.: Deportation, Durchgangslager, Völkermord. Der Exodus der mainfränkischen Juden 1941 – 1944.

Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Teil I 214, S. 239 – 286, Teil II (enthält die Durchgangs- und Vernichtungslager): 1915, S. 275 – 294.

Rotraud Ries und Elmar Schwinger (Hrsg.): Deportationen und Erinnerungsprozesse in Unterfranken und an den Zielorten der Transporte. Schriften des Johanna-Stahl-Zentrums für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken, Würzburg 2015.

Gedenkbuch Kitzingen. Yiskor. Recherchiert von Michael Schneeberger unter Mitarbeit von Christian Reuther und Elmar Schwinger, Kitzingen 2011.

Harald Knobling: Die Synagoge in Kitzingen. Geschichte – Gestalt – Bedeutung, Kitzingen 2003.